



**Bund Deutscher Kriminalbeamter**

**Landesverband Saarland**

# **Wahlprüfsteine 2022**

**des Bundes Deutscher Kriminalbeamter  
Landesverband Saarland**

## **ANTWORTEN**

Stand: 12.03.2022

Anmerkung: die Reihenfolge der Antworten von CDU, SPD, die Grünen und FDP ist nach Eingangsdatum gewählt



## **1. Aufbauorganisation**

Mehrfach war in den letzten Monaten in der Presse von der defizitären Personalsituation der saarländischen Polizei zu lesen. Gleichzeitig nehmen die Fälle häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder immer mehr zu. 2021 hat das Landespolizeipräsidium mehr als 1000 Ermittlungsverfahren im Bereich Kinderpornografie (2020 noch ca. 400) bearbeitet, zahlreiche substanzielle Ermittlungsverfahren aus dem Bereich der organisierten Kriminalität infolge der Encrochat-Ermittlungen müssen bearbeitet werden, Betrugsmaschen mit Cryptowährungen, falschen Polizeibeamten und Coronahilfen verursachen riesige finanzielle Schäden und für 2022 werden mehr als 2500 Strafanzeigen wegen Hasskommentaren, Drohungen, Beleidigungen und Stalking im Internet, erwartet.

- a) Ist aus ihrer Sicht die derzeitige Organisation der saarländischen Polizei dieser Aufgabe noch gewachsen? Was würden sie verändern?
- b) Der BDK fordert seit Jahren eine an den jeweiligen Aufgaben von Schutz- und Kriminalpolizei orientierte Aufbauorganisation. Wie steht ihre Partei zu dieser Forderung?
- c) Das LPP2 besitzt derzeit zwar die Fach-, nicht jedoch die Dienstaufsicht über die Beamtinnen und Beamten der Kriminaldienste. Aus Sicht des BDK ist dadurch eine systematische und qualifizierte Kriminalitätsbekämpfung nicht unerheblich beeinträchtigt. Wie steht Ihre Partei zu dieser Thematik?



**a) Wir fordern seit Jahren eine Stärkung des Personalkörpers bei der saarländischen Polizei. Stattdessen ging der Abbau bis deutlich unter den Sollstand weiter. Durch den inzwischen erreichte Mitarbeiterzahl ist die Organisation am Limit. Nur durch eine deutliche Steigerung der Beamtenstellen kann hier dauerhaft entgegengewirkt werden.**

**b) Schutz- und Kriminalpolizei gehen aus unserer Sicht Hand in Hand. Das können sie aber nur, wenn beide Bereiche mit Personal und Material derart ausgestattet sind, dass kein Inseldenken entsteht. Unser Standpunkt ist daher, dass die Polizei Beamte und Mittel braucht und nicht eine weitere Organisationsreform.**

**c) Die Organisation der Kriminaldienste, als dezentrale Dienststellen mit Anbindung an die P1en, bietet Vor- und Nachteile. Insbesondere entstehen dadurch eine größere Bürgernähe und eine bessere Orts- und Personenkenntnis. Bei dezentraler Organisation bedarf es aber einer dezentralen Dienstaufsicht, um den Bedürfnissen und Besonderheiten vor Ort gerecht zu werden. Durch die Fachaufsicht im Mehrliniensystem ist dabei aus unserer Sicht ein einheitlich- qualifiziertes Arbeiten gesichert.**



- a). Sowohl Personalstärke als auch Ausstattung der Polizei muss verbessert werden. Gerade angesichts immer neuer Aufgaben sind hier Investitionen dringend notwendig.
- b). Einer solchen Strukturänderung stehen wir grundsätzlich nicht ablehnend gegenüber.
- c). Wir stimmen dieser Einschätzung zu.



- a) In den nächsten 5 Jahren werden wir 750 Neueinstellungen bei den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie 150 Neueinstellungen bei den Tarifbeschäftigten vornehmen. Resultierend aus diesem Personalzuwachs wollen wir die genannten Bereiche personell stärken.
- b) Wir bekennen uns ganz klar zu der vor 10 Jahren initiierten Strukturreform und damit zum Ein-Behörden Modell. Insbesondere die direkte Durchgriffsmöglichkeit - beispielsweise bei speziellen Ermittlungsgruppen - innerhalb einer Gesamtbehörde ist ein ausschlaggebender Vorteil dieser Aufbaustruktur. Wir schließen eine grundlegende Änderung dieser Aufbauorganisation damit aus; werden aber in einzelnen Bereichen, in denen Anpassungen erforderlich sind, nachschärfen. Gerade im Bereich Kinderpornographie und Cybercrime müssen die Entwicklungen weiter beobachtet und Strukturen gegebenenfalls angepasst werden.
- c) Die Fach- und Dienstaufsicht der Kriminaldienste erfolgt im Gleichklang mit der über die Polizeiinspektionen. Wie auch im Bereich der uniformierten Polizei liegt auch im Kriminaldienst die Fachaufsicht beim LLP2 und die Dienstaufsicht bei der Behördenleitung. Hiermit ist eine Gleichbehandlung innerhalb der Behörde gegeben. Ihr Vorschlag mit Blick auf eine Wahrnehmung der Dienstaufsicht durch das LLP2 über die Kriminaldienste würde unseres Erachtens zu Problemen führen, da dann keine einheitliche Dienstaufsicht für alle Kriminalbeamten gegeben wäre (für den Kriminalbeamten im ESD läge die Dienstaufsicht woanders, als für die übrigen Kriminalbeamten).



Für uns gehören innere und soziale Sicherheit zusammen. Denn nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten. Wir sorgen deshalb für mehr Polizist:innen in der Fläche und bleiben dabei, dass in jeder Kommune eine Dienststelle vorgehalten wird.

Durch gesellschaftliche und technologische Veränderungen sind auch die Aufgaben der saarländischen Polizei vielfältiger geworden. Die Organisation der saarländischen Polizei muss daher fortlaufend überprüft und angepasst werden, um sicherzustellen, dass Personal und Organisation sowie die zu erfüllenden Aufgaben zusammenpassen.

Größere Reformen planen wir zurzeit nicht.



## **DIE LINKE.**

**DIE LINKE will mehr Polizeikräfte in der Fläche. Deshalb müssen Polizistinnen und Polizisten von Verwaltungstätigkeiten entlastet werden. Wir stehen einer Diskussion über eine geänderte Aufbauorganisation auch angesichts einer geänderten Sicherheitslage grundsätzlich offen gegenüber.**

**DIE LINKE will eine gut ausgestattete, gut ausgebildete und gut organisierte bürgernahe Polizei als unverzichtbarer Bestandteil persönlicher und öffentlicher Sicherheit. Wir befürworten auch eine bessere Personalisierung im Bereich Cybercrime, ebenso den technischen Ausbau für die Strafverfolgung im Netz, insbesondere für die Bekämpfung der Kinderpornographie und Hasskriminalität sowie Hetze von rechten Brandstiftern. Möglichen Veränderungen bei der Dienstaufsicht, die zu Verbesserungen führen, stehen wir positiv gegenüber.**

---

## **2. Einstellungspolitik**

Die aktuelle Landesregierung hat die Anzahl der Neueinstellungen in den letzten Jahren erheblich gesteigert, um die prekäre Personalsituation infolge von Ruhestandsversetzungen, Personalabgängen und Aufgabenzuwächsen perspektivisch zumindest etwas abschwächen zu können.

- a) Wird Ihre Partei auch zukünftig an einer zweigeteilten Laufbahn für die Vollzugspolizei festhalten und die Einstellungszahlen in der derzeitigen Größenordnung beibehalten?
- b) Wie stehen Sie zum Stellenabbau bei der saarländischen Polizei. Halten Sie diesen angesichts der Sicherheitslage noch für angebracht?
- c) Was hält Ihre Partei von der Überlegung, Bewerber mit abgeschlossenem Studium oder einer entsprechenden Berufsausbildung unmittelbar zur Kriminalpolizei einzustellen, um deren spezielles Fachwissen z.B. zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität oder Cybercrime einzusetzen? Eine entsprechende Änderung der Laufbahnverordnung zur Einstellung von „Cyberkriminalisten“ wurde bereits auf den Weg gebracht. In Baden-Württemberg gibt es beispielsweise auch eine Sonderlaufbahn für Wirtschaftskriminalisten.



**a) Ja und ja. Die Arbeit der Polizeibeamt\*innen ist vielfältig, qualifiziert und in allen Ausprägungen wichtig. Die Beibehaltung der zweigeteilten Laufbahn ist nicht zuletzt eine Frage des Respekts.**

**b) Wir haben die Zahl von 150 Neueinstellungen schon 2017 gefordert. Stattdessen hat die Landesregierung den Personalabbau immer weiter fortgeführt. Dadurch ist die saarländische Polizei inzwischen an einer absoluten Untergrenze angelangt. Aufgrund der Kapazitäten der FHSV wird sich die**



Einstellungszahl nur begrenzt steigern lassen, muss aber zumindest dauerhaft beibehalten werden. Den Stellenabbau hielten wir vor Jahren schon für falsch und die hunderten weiter abgebauten Stellen haben daran nichts geändert.

c) Fachwissen, gerade in Bereichen die besondere Expertise erfordern, muss durch entsprechende externe Tarifangestellte einerseits und durch besonders geschulte Polizeibeamte andererseits in die Behörde eingebracht werden. Erstere müssen auch entsprechende Bedingungen finden, um sich überhaupt zu bewerben. Für Experten-Fortbildungen, wie die zum "Wirtschafts-" oder "Cyberkriminalisten", müssen entsprechende Partnerschaften mit anderen Ländern und dem BKA ausgearbeitet werden.



a). Wir wollen mehr Polizisten einstellen, um eine Mindestsollstärke von 3000 Beamten zu erreichen. Das gilt auch für die Vollzugspolizei.

b). Nein.

c). Der Forderung nach einer spezialisierten Ausbildung, beispielsweise bei der Bekämpfung der Wirtschafts- oder Internetkriminalität, stimmen wir ausdrücklich zu.



a) + b) Als CDU Saar werden wir den offensiven Kurs der CDU-geführten Landesregierung bei der Neueinstellung von Anwärtnerinnen und Anwärtern für den Polizeidienst entschieden fortsetzen. Hierzu streben wir an, jährlich 150 Neueinstellungen vorzunehmen. Durch die weitere Einstellung von rund 170 Tarifbeschäftigten sollen die Beamtinnen und Beamten von ihren bisherigen Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Dabei gilt es aus unserer Sicht auch, nicht bloß personelle Schwerpunkte im Wach- und Streifendienst bei den Polizeiinspektionen zu setzen, sondern auch das gesamte Personal im Bereich der Bekämpfung von Online-Kriminalität zu stärken. Die Saarbrücker Agenda ist dabei der richtige Weg zu einer durchlässigen, konstruktiven und erfolgreichen Zusammenarbeit mit den anderen Ländern und unseren europäischen Nachbarn. Hinsichtlich der zweigeteilten Laufbahn der Vollzugspolizei ist von unserer Seite derzeit keine Veränderung angedacht.

c) Wir unterstützen den Einsatz von Fachkräften. Damit Experten auch in ein Beamtenverhältnis übernommen werden können sind teilweise laufbahnrechtliche Sonderregelungen erforderlich – laufbahnrechtliche Anpassungen in diesem Sinne werden von uns unterstützt. Weiterhin wollen wir stetig im Blick behalten attraktive Rahmenbedingungen bei der täglichen Arbeit zu schaffen, damit Fachpersonal auch langfristig an uns gebunden werden kann.



a) Die Wiedereinführung des mittleren Dienstes lehnen wir ab. Die Anforderungen an den Polizeiberuf verpflichten zur Einstellung der Beamt:innen im gehobenen und höheren Dienst. Wir wollen auch Interessent:innen mit



mittlerem Bildungsabschluss die Erlangung der Fachhochschulreife in einem speziellen Bildungsgang ermöglichen und so den Zugang zur Polizei öffnen. Der Stellenabbau der vergangenen 21 Jahre muss weiterhin durch konsequent hohe Zahlen bei den Bewerber:innen kompensiert werden. Nur so können wir die Abgänge der geburtenstarken Jahrgänge stabilisieren und dann hin zu einem größeren Personalkörper gelangen.

b) Wir wollen die Einstellungszahlen so erhöhen, dass binnen eines Jahrzehnts unter Berücksichtigung der Ruhestandsversetzungen und nach Erhebung einer Potenzialanalyse zwecks entlastender und wirksamer polizeilicher Aufgabenerfüllung wieder mindestens 2.900 Polizeivollzugsbeamte:innen auf den Dienststellen eingesetzt werden.

c) Einer Änderung der Laufbahnverordnung zur Gewinnung von Fachpersonal stehen wir als Saar-SPD offen gegenüber.

## **DIE LINKE.**

DIE LINKE plant keine Wiedereinführung der dreigeteilten Laufbahn für die Polizei. Wir stehen zur zweigeteilten Laufbahn für unsere Polizei. Ein Zurück zum mittleren Dienst darf es nicht geben.

Die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit nimmt für DIE LINKE im Saarland nach wie vor einen hohen Stellenwert ein. Die Polizei ist der Garant für die innere Sicherheit und hat mit der Durchführung ihrer Kernaufgaben, wie der Gefahrenabwehr, der Kriminalitätsbekämpfung, der Prävention und der Verkehrssicherheit, jegliche Unterstützung seitens der Politik verdient. DIE LINKE hat als einzige im Landtag vertretene Partei gegen den Abbau von Stellen bei der Polizei im Rahmen der sogenannten „Polizeireform2020“ gestimmt, da auch aus den Erfahrungen früherer Jahre gelernt wurde. DIE LINKE hat ebenfalls die Absenkung der Zahl der Kommissarsanwärter stets kritisiert.

(Anmerkung: Wir verweisen u.a. auf unsere Pressemitteilung von November 2011. Wir lehnten die anstehende Polizeireform schon damals ab, da das Einsparen von 300 Stellen das falsche Signal war.)

Die von uns heftig kritisierte Polizeireform hat zu einem Ausbluten im Personalbereich und zu einer Überlastung der Polizisten und Polizistinnen geführt hat. Auch im Tarifbereich gibt es besorgniserregende Entwicklungen, die zur Folge haben, dass Stellen einfach nicht mehr besetzt werden.

DIE LINKE im Saarland will dem entgegensteuern. Ein wichtiger Aspekt wäre die Öffnung von Stellenausschreibungen für den externen Bereich, damit interessierten Polizeivollzugskräften aus anderen Bundesländern die Möglichkeit gegeben wird, sich bewerben zu können – und umgekehrt.

Der Einstellungskorridor für BewerberInnen muss in einer entsprechenden Größe weiterhin vorgehalten werden, damit die Fehler aus der letzten Polizeireform nicht weiterhin negative Früchte tragen. Im Tarifbereich müssen die Stellen attraktiver und an die heutigen Bedingungen einer modernen und digitalisierten Polizei angepasst werden. Denn DIE LINKE fordert seit langem, Spezialisten in bestimmten Fachbereichen direkt bei der Kriminalpolizei einzustellen. Dies scheiterte bisher leider an den vorhandenen Bedingungen.



**Durch Wirtschafts- und Cyberkriminalität entsteht jährlich ein hoher volkswirtschaftlicher Schaden. Zur Bekämpfung dieser Kriminalitätsformen sind hoch qualifizierte Spezialisten notwendig mit einschlägigen Abschlüssen wie Dipl.-Informatiker, Bachelor of Science, Dipl.-Wirtschaftsjuristen, Dipl.-Wirtschaftsingenieure oder Betriebswirte mit mindesten dreijährigen Praxiserfahrungen bspw. im Rechnungswesen nach nationalen und internationalen Recht oder im Kredit- und Finanzdienstleistungsbereich u.ä. Diese Spezialisten werden auch in der privaten Wirtschaft gesucht und entsprechend bezahlt. Für eine frühzeitige Orientierung auf den Öffentlichen Dienst, auch auf den Kriminaldienst im Saarland sind für DIE LINKE Vereinbarungen (z.B. über Bachelor-, Master-, Diplomarbeiten und Ausbildungsabschnitte) mit der Universität des Saarlandes oder der Hochschule für Wirtschaft und Technik gut vorstellbar.**

**Grundsätzlich sieht DIE LINKE aufgrund dieser hoch komplexen Straftatbestände den Bedarf an entsprechend ausgebildeten Ermittlungsbeamten sowie Staatsanwälten im Saarland.**

---

### **3. Ausbildung**

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter ist der Überzeugung, dass die Polizeiausbildung im Saarland reformiert werden muss. Eine spartenspezifische Ausbildung für Schutz- und Kriminalpolizei wäre kostenneutral und würde zu einer qualitativ besseren Bewerberlage führen. Durch die Einheitsausbildung werden wichtige Personal- und Finanzressourcen vergeudet. Der BDK befürwortet ein gemeinsames, jedoch nicht inhaltsgleiches, spezialisiertes Studium für Schutz- und Kriminalpolizisten an der Fachhochschule für Verwaltung. Zahlreiche Bundesländer haben zwischenzeitlich von der Einheitsausbildung Abstand genommen und gehen diesen Weg.

- a) Wie steht Ihre Partei zu dieser Forderung?
- b) Wie steht ihre Partei zu der Idee, in Kooperation mit anderen Bundesländern (z.B. Hessen) zusätzlich vollwertige Kriminalbeamte auszubilden und anschließend im Saarland zu beschäftigen? So wäre eine Ausdehnung der Einstellungen über die personellen und liegenschaftlichen Kapazitätsgrenzen hiesiger FHSV möglich.
- c) Eine bereits vorhandene Vorbildung findet bei der Personalzuteilung im LPP derzeit grundsätzlich keine Berücksichtigung. Wie steht ihre Partei zu dem Umstand, dass viele Kommissaranwärter:innen bereits eine Ausbildung bzw. einen Studienabschluss zu Beginn des Studiums zum gehobenen Polizeivollzugsdienst inne haben? Sollten diese Bildungsabschlüsse ihrer Ansicht nach strategisch bei der Personalplanung verstärkt berücksichtigt werden?
- d) Wie steht ihre Partei zu der Idee, Kommissaranwärter:innen nach erfolgreichem Abschluss der Laufbahnprüfung zum gehobenen



Polizeivollzugsdienst innerhalb eines Jahres auf einen Qualifizierungslehrgang Kriminalitätssachbearbeiter:innen zu entsenden, um möglichst frühzeitig die Kriminalpolizei nachpersonalisieren zu können?



- a) Einem Direkteinstieg im Bereich der Kriminalpolizei stehen wir kritisch gegenüber. Der nahe Bezug zum Bürger und der Vielfalt von Lebensentwürfen und -situationen, wie er für den "Schutzmann" alltäglich ist, kann in einer theoretischen Ausbildung nicht derart vermittelt werden und bildet auch für den Kriminalbeamten eine wertvolle Erfahrungsbasis.
- b) Diese Möglichkeiten sollten sowohl im K- als auch im S-Bereich ausgelotet und soweit möglich genutzt werden, um dem viel zu lange Betrieben Raubbau am Personalkörper entgegenzuwirken.
- c) Eine bereits vorhandene Vorbildung findet bei der Personalzuteilung im LPP derzeit grundsätzlich keine Berücksichtigung.
- d) Auch dem stehen wir, aus gleichen Gründen wie dem Direkteinstieg K, kritisch gegenüber. Eine die Verkürzung der zweijährigen Erstverwendung verringert den Erfahrungshorizont. Durch insgesamt angestrebte höhere Personalzahlen wollen wir das Problem langfristig lösen.



- a). Grundsätzlich können wir dieser Idee zustimmen, solange ein Wechsel zwischen Kriminal- und Schutzpolizei möglich bleibt.
- b). Eine Kooperation mit anderen Bundesländern ist sinnvoll, solange die Ausbildungsinhalte übertragbar sind.
- c). Eine solche verstärkte Berücksichtigung macht aus unserer Sicht Sinn.
- d). Auch diese Forderung halten wir für sinnvoll, sofern sie umsetzbar ist.



- a) Das Prinzip der Einheitsausbildung hat sich im Saarland grundsätzlich bewährt. Insbesondere vor dem Hintergrund der Kleinteiligkeit unseres Landes, wo vorhandene Synergien stärker genutzt werden müssen als in größeren Flächenländern. Durchgreifende Argumente für eine spezialisierte Ausbildung sind uns derzeit nicht bekannt. Wir sind aber gerne dazu bereit zu dieser Fragestellung mit dem BDK wieder in den Austausch zu treten.
- b) Wir gehen davon aus, dass die geplanten 150 Neueinstellungen pro Jahr ausreichend sind, um den Personalaufwuchs voran zu treiben. Die Ausbildung kann durch vorhandene Kapazitäten im Saarland abgedeckt werden. Daher sehen wir aktuell keine Notwendigkeit, schließen jedoch für die Zukunft nicht aus, dass etwaige Kooperationen mit anderen Bundesländern einmal ein Thema werden könnten.
- c) Nach hiesiger Kenntnis werden diese selbstredend intern durch die personalführende Stelle im LPP berücksichtigt.
- d) Aus unserer Sicht ist eine zweijährige Tätigkeit im Bereich der uniformierten Polizei mit einem erst daran anschließenden Wechsel in den K-Bereich sinnvoll.





Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten müssen in dieser Zeit wichtig Praxiserfahrung machen, die auch im K-Bereich von Vorteil sein können.



a+b) Als Saar-SPD sehen wir auch bei der Ausbildung Verbesserungsbedarf. Kompetenzen müssen zielgerichteter ausgebaut und gefördert werden. Eine Trennung des Studiums von Schutz- und Kriminalpolizisten lehnen wir dagegen ab.

c) Als Saar-SPD werden wir die Berücksichtigung dieser Personengruppe bei der Personalplanung in der nächsten Legislaturperiode überprüfen.

d) Die Polizei muss in Gänze besser personalisiert werden. Den konkreten Bedarf, die Beamt:innen bereits innerhalb eines Jahres auf einen Qualifizierungslehrgang Kriminalitätssachbearbeiter:innen zu schicken, werden wir ganzheitlich prüfen.

## ***DIE LINKE.***

Bereits im Oktober 2016 hat die Landtagsfraktion DIE LINKE einen Studiengang für Kripo-Beamte gefordert und damals gesagt, es sei nicht damit getan, eine dreijährige Einheitsausbildung für Polizeibeamte an der Fachhochschule Göttelborn anbieten zu können, sowie einen nur dreimonatigen Qualifikationslehrgang, der die Beamten als Kriminalbeamte befähigen soll. Aufgrund der Kriminalitäts-Entwicklungen in den vergangenen Jahren ist es für Polizeianwärter sinnvoll, von Anfang an eine fundierte Ausbildung im Kriminaldienst zu erhalten. DIE LINKE befürwortet eine einjährige Grundausbildung sowie eine zweijährige spartenspezifische Ausbildung, heißt also, dass wir die sogenannte Y-Ausbildung und die damit verbundene Möglichkeit einer Direkteinstellung in die Kriminalpolizei ausdrücklich befürworten. Was in anderen Bundesländern gelang, sollte auch im Saarland zu schaffen sein.

*(Wir regen an, nach der einjährigen Ausbildung Dienst in einer Brennpunkt-Dienststelle oder in der Fläche praktische Erfahrungen sammeln zu können und dann je nach Neigung eine spezielle Ausbildung zum Kriminalbeamten oder Schutzpolizeibeamten zu beginnen.)*

Aufgrund der derzeitigen Kriminalitätsentwicklung, den Folgen des Personalabbaus und der damit verbundenen Arbeitsverdichtung und Belastung der Polizistinnen und Polizisten unterstützt DIE LINKE jegliche qualitativen personelle Aufstockungsmaßnahmen, sei es durch Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern oder durch Wertschätzung bereits vorhandener Berufsabschlüsse zu Beginn des Studiums zum gehobenen Polizeivollzugsdienst oder entsprechender Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.

---

## **4. Beförderungen**



Im Saarland erfolgen Einstellungen zur Polizei ausschließlich im gehobenen Dienst, Besoldungsgruppe A 9. Eine große Anzahl lebensälterer Beamte, die zwischenzeitlich in den gehobenen Dienst übergeleitet wurden, wird nach rund 40 Dienstjahren ebenfalls mit der A 9 in den Ruhestand gehen. Für den Bund Deutscher Kriminalbeamter wäre es wünschenswert, wenn diese Kolleginnen und Kollegen grundsätzlich die A 10 und bei entsprechend überdurchschnittlichen Leistungen auch die A 11 erhalten könnten.

a) Wäre dies für Ihre Partei ein denkbarer und finanzierbarer Ansatz?

Nachdem die Polizeianwärter und Anwärtinnen nach 3 ½ Jahren ihr Studium abgeschlossen haben und sie zum Polizeikommissar/in ernannt wurden, werden sie einer Dienststelle zugeteilt und in die Besoldungsgruppe A9 eingruppiert. Bei den Städten und Kommunen werden vergleichbare Beamte regelmäßig nach 2 Jahren, in den Ministerien des Saarlandes durchschnittlich nach 5 ½ Jahren in die A 10 befördert. Im Gegensatz dazu dürfen die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten jedoch durchschnittlich erst nach ca. 10 Jahren mit einer Beförderung rechnen.

Eine Beförderung stellt nicht nur einen finanziellen Vorteil dar; vielmehr ist es eine Wertschätzung der geleisteten Arbeit, wirkt sich positiv auf die Identifikation mit der Behörde aus und steigert die Arbeitszufriedenheit.

Eine Beförderung von der Besoldungsgruppe A 10 in das allgemeine Endamt A 11 dauert im Schnitt dann noch einmal wesentlich länger. Diese desolate Beförderungssituation sucht deutschlandweit ihres Gleichen!

Von einer jahrelang angekündigten regelmäßigen Beförderung ist nichts mehr geblieben.

- b) Wie beabsichtigt ihre Partei die geschilderte Beförderungssituation zu verbessern?
- c) Wie stehen sie zu einer Regelbeförderung?
- d) Welche Rahmenbedingungen müssten ihrer Meinung nach für eine Regelbeförderung geschaffen werden?

In der saarländischen Polizei ist es Normalität, dass Beamtinnen und Beamte Dienstposten nach A 12/A 13 übertragen bekommen, sie jedoch unangemessen lange auf die Beförderungen in die jeweiligen Gehaltsgruppen warten müssen. Grund hierfür ist überwiegend das Fehlen zusätzlicher Planstellen im Haushalt. Der BDK ist der Ansicht, dass eine leistungsgerechte und funktionsangemessene Besoldung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen erfolgen muss und diese mit der Übertragung von Dienstposten auch den Anspruch haben, schnellstmöglich in die jeweilige Besoldungsgruppe befördert zu werden.

e) Teilen sie diese Auffassung? Wie würden Sie dies ermöglichen?

f) Können die Kolleginnen und Kollegen davon ausgehen, dass das Beförderungsbudget in den nächsten Jahren weiterhin auf dem jetzigen Niveau bleibt oder wird Ihre Partei zusätzliche Mittel für Beförderungen im Polizeibereich zur Verfügung stellen?



- a) **Definitiv.** Die Arbeit des Polizeivollzugs- sowie des Kriminalbeamten ist eine Tätigkeit des gehobenen Dienstes. Dieser Feststellung folgend wurde der mittlere Dienst abgeschafft. Beamte die dieser Tätigkeit seit Jahrzehnten nachkommen und entsprechende Erfahrung gesammelt haben, sind nicht schlechter qualifiziert als solche, die zwar noch keine Erfahrung, aber dafür ein Jahr länger Schüler waren.
- b) Die Ausführungen entsprechen vollends unserer Meinung und unseren Forderungen. Dass die aktuelle Beförderungskonzeption selbst bei gutem Lehrgang und guter Beurteilung noch 10 Jahre vorsieht ist nicht tragbar. Wir fordern daher eine Regelbeförderung, die sich an anderen Behörden und Länderpolizeien orientiert. Dazu müssen der Stellenplan und das Beförderungsbudget deutlich ausgebaut werden.
- c) Der Umstand, dass Beamte der A9 Stellen der A12 besetzen ist eine direkte Folge der desolaten Beförderungssituation. Wer seine Arbeit derart gut ausführt, dass er auf eine bewertete Führungsposition kommt, sollte auch so beurteilt und befördert werden.
- d) Das Beförderungsbudget muss deutlich erhöht werden (s.o.).



- a). Grundsätzlich halten wir den Ansatz für richtig, aber kaum für finanzierbar.
- b). Es müssen ausreichend Mittel für regelmäßige Beförderungen in den Haushalt des Landes eingestellt werden. Nur mit dieser Perspektive wird der Polizeiberuf attraktiver.
- c). Eine Regelbeförderung ist wünschenswert, sofern sie finanzierbar.
- d). Wir teilen diese Auffassung und wollen möglichst die notwendigen Planstellen bereitstellen, soweit dies finanzierbar und umsetzbar ist.
- e). Wir wollen möglichst zusätzliche Mittel bereitstellen.



a)-e) Wir setzen uns dafür ein, dass junge Kommissarinnen und Kommissare im Schnitt zwei Jahre schneller befördert werden können als bisher; die notwendigen finanziellen Handlungsspielräume zur Erhöhung der damit verbundenen Beförderungsbudgets sowie die notwendigen Stellenhebungen werden wir im Rahmen unserer Haushaltsvorgaben schaffen und verstetigen. Darüber hinaus wollen wir planbare und zugleich flexible Karrierewege in der saarländischen Polizei ermöglichen.

Eine Art „Regelbeförderung“ unter Wahrung des beamtenrechtlichen Prinzips der Bestenauslese - insbesondere in der Besoldungsgruppe von A9 in A10 - ist weiter unser Ziel. Die hierzu notwendigen Stellenhebungen im Haushaltsplan des Landes werden wir sukzessive vornehmen.

Wir treten auch weiterhin dafür ein, dass die Beförderungssituation und die Karrierechancen im gesamten Polizeibereich nicht hinter denen in anderen Bereichen wie z.B. der Justiz, der Lehrer usw. zurücktreten.



- a) Eine entsprechende Regelung ist aktuell nicht beabsichtigt.
- b) Die Karriere- und Beförderungschancen, insbesondere im Bereich der unteren Besoldungsgruppen, wollen wir verbessern, um die Attraktivität des Polizeiberufs zu steigern und der Unzufriedenheit entgegenzuwirken. Endlose Warteschleifen müssen der Vergangenheit angehören. Eine leistungs- und berufsgerechte Beförderungsstruktur werden wir sicherstellen.
- c) Angesichts des hohen Bedarfs müssen zunächst die aufgelaufenen Beförderungen erfolgen. Die Regelbeförderung kann dann das Ziel sein.

## **DIE LINKE.**

DIE LINKE nimmt besorgt Anteil daran, wie schlecht die Beförderungschancen für Polizeivollzugsbeamtinnen/beamte im Saarland nach wie vor seitens des CDU geführten Innenministeriums vorgehalten werden. Eine Arbeitsgruppe, durch den Innenminister ins Leben gerufen, hat es nicht geschafft, hier Abhilfe zu schaffen und damit den Polizeiberuf attraktiver zu machen.

Die groß angelegte Aussage seitens des Innenministers ist somit im Sande verlaufen. Mit Besorgnis wird aber von uns auch wahrgenommen, dass keine Chancengleichheit in allen Ebenen, so wie es das Landesgleichstellungsgesetz für das Saarland vorsieht, vorherrscht. Durch viele Gespräche mit Betroffenen müssen wir festzustellen, dass gerade Frauen wegen des Eintretens einer Schwangerschaft oder der Inanspruchnahme von Elternzeit, nach wie vor massiv abgehängt sind.

Nach unserem Kenntnisstand dauert es mitunter 10-15 Jahre und länger, bis eine Beförderung vom Eingangsamte der A9 zur A10 vollzogen wird. Dies betrachten wir als einen unhaltbaren Zustand. Aus diesem Grund könnten z. B. auch Beförderungsrichtlinien helfen, die Beförderungsgerechtigkeit in der Polizei Saarland nach vorne zu bringen. Dazu bedarf es jedoch keiner Arbeitsgruppe ohne Ergebnisse, sondern ein aktives Handeln seitens der Verantwortlichen.

Uns ist bekannt, dass auch Führungsverantwortliche (z.B. Dienstgruppenleitungen) mit einem Dienstposten nach A 12 und A 13, mitunter sehr lange darauf warten, entsprechend ihres Dienstpostens befördert zu werden. Dieser Personenkreis ist ebenfalls in die Regelbeförderung miteinzubeziehen.

Das althergebrachte und ungerechte System der alle drei Jahre stattfindenden Beurteilung ist zu evaluieren. Hier hängt alles mit allem zusammen, so dass verschiedene Maßnahmen verknüpft und zur besseren Zufriedenheit der Polizistinnen und Polizisten führen können.

DIE LINKE ist natürlich dafür, dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte auch gut bezahlt werden. Die Polizei im Saarland hat lange Zeit mit gespart und niedrigere Einkünfte, mangelnde Ausstattung und lange Beförderungswartezeiten unter der „schwarzen Null“ in Kauf nehmen müssen. Das Saarland als Haushaltsnotlageland hat sehr begrenzte finanzielle



**Spielräume und sollte bei den Ausgaben mit den übrigen Bundesländern vergleichbar bleiben. Wir werden daher genau prüfen, welche Einkommensverbesserungen möglich sind, um somit endlich auch die Motivation der Polizistinnen und Polizisten wieder steigern zu können. Wir wissen aus vielen Gesprächen mit Polizeibeamten um den Frust, der teilweise innerhalb der Polizei herrscht.**

---

## **5. Versorgung der Ruhestandsbeamten**

Aufgrund der besonderen Belastungen, die mit der Ausübung des Polizeiberufs verbunden und deren Folgen auch im Ruhestand für viele noch deutlich spürbar sind, wird für die im aktiven Dienst befindlichen Kolleginnen und Kollegen eine Polizeizulage in Höhe von 127,38 € Brutto im Monat gezahlt. Die Ruhegehaltsfähigkeit dieser Zulage ist am 31.12.2007 für die Besoldungsgruppen ab A 10 entfallen, am 31.12.2010 trat dieser Fall für die Besoldungsgruppe bis A 9 m.Z. ein. Dies führt zu einer Kürzung der Versorgungsbezüge um rund 100.- € monatlich.

Der BDK ist der Meinung, dass sowohl über die Höhe der Polizeizulage als auch über die Frage der Ruhegehaltsfähigkeit wieder neu entschieden werden muss.

a) Würde Ihre Partei dies unterstützen?



**Wir fordern eine Angleichung des gesamten Zulagenwesens an die Bundesbesoldung, um die jahrelang erfolgten Nullrunden und den damit stattgefundenen Reallohn-Verluste zu beheben. Dazu gehört auch die Ruhegehaltsfähigkeit der Zulage.**



**Der Polizeidienst muss angemessen besoldet werden. Dazu gehört die Polizeizulage als besonderer Ausgleich für die Erschwernisse des Dienstes. Wir sind für die Einführung eines Ruhegehalts, das sich anhand der Grundbesoldung statt an den Zulagen bemisst**



**Nach einer moderaten Anpassung der Polizei- und Gitterzulage im vergangenen Jahr möchten wir zukünftig die Polizeizulage im Saarland an den allgemeinen Länderdurchschnitt anpassen. Innenminister Klaus Bouillon hat vorab bereits eine Rechtsverordnung initiiert, um erste Verbesserungen auf den Weg zu bringen. Mit Blick auf die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage werden wir die weitere Entwicklung in den anderen Ländern und**



die Diskussionen der Arbeitskreise in der Innenministerkonferenz eng im Blick behalten. Zudem werden wir auch weitere Zulagen wie beispielsweise die KiPo-Zulage, die es bisher lediglich in zwei Ländern gibt, in den Blick nehmen. Aus unserer Sicht müssen dabei alle Zulagen betrachtet werden, um zu einem sinnvollen und für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten guten Ergebnis zu gelangen.



Die Polizeizulage muss weiter angehoben werden, um den besonderen Belastungen der Polizist:innen Rechnung zu tragen. Die kürzlich beschlossene Erhöhung ist für uns nur ein Zwischenschritt. Wir wollen für unsere Polizist:innen mit den Entwicklungen in den anderen Bundesländern und bei der Bundespolizei Schritt halten. Die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit gehört ebenso auf den Prüfstand wie die sogenannte „KiPo-Zulage“ für Ermittler:innen im Bereich der Sexualstraftaten. Die Maßnahmen müssen sich im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes vollziehen.

## ***DIE LINKE.***

Der Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage sehen wir als Teil der Attraktivität des Polizeiberufes. Sie ist somit wieder einzuführen. Die minimale Erhöhung der Polizeizulage der jüngsten Vergangenheit und dies nach 20 Jahren, in denen das CDU-geführte Innenministerium die Wertschätzung gegenüber der Polizei jedenfalls nicht ausgedrückt hat, ist nicht hinnehmbar. Um wettbewerbsfähig zu sein, muss die Polizeizulage dringend an die Bedingungen anderer Länderpolizeien oder der Bundespolizei angepasst werden.

---

## **6. Einsatz von Tarifbeschäftigten**

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter begrüßt den Einsatz von Tarifbeschäftigten in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung ausdrücklich. Die meisten davon erhalten jedoch trotz hohen persönlichen Engagements und oftmals jahreslanger Dienstzugehörigkeit keine Möglichkeit, sich für höher eingruppierte Tätigkeitsfelder zu qualifizieren bzw. zu bewerben. Wer in einer E6 eingestellt wurde, muss dort oft bis zur Rente verbleiben, da Bewerbungen auf E8er- Stellen von vornherein ausgeschlossen sind, unabhängig der Vorkenntnisse und Qualifikationen, welche die Tarifbeschäftigten ggf. vorweisen könnten. Grund ist der eklatante Mangel an entsprechenden Stellen für die Polizei im Stellenplan.

- a) Würde ihre Partei diesen Umstand im neuen Stellenplan angemessen berücksichtigen?
- b) Kann Ihre Partei sich vorstellen, ein internes Qualifizierungsmanagement mit dem Ziel der beruflichen Weiterentwicklung und Karriereförderung von



Tarifbeschäftigten einzuführen, welches verbindlichen Charakter für Ausschreibungen innerhalb der Behörde hat?

In Ermittlungsdezernaten eingesetzte Informatiker sind derzeit teilweise trotz Masterabschluss lediglich in der E10 eingruppiert, obwohl sie zumindest gleichwertige Aufgaben wahrnehmen wie Informatiker in der Administration des LPP, die in der E11 eingruppiert sind.

- c) Wie steht Ihre Partei zu einer fairen und angemessenen Eingruppierungspolitik? Was würden sie ändern?



**a) Grundsätzlich wollen wir die Stärkung des Beamtenbereichs erreichen, damit polizeiliche Aufgaben auch durch Polizeibeamte bewältigt werden. Ermittlungshelfer und POD haben sich aber als Unterstützung bewährt und sollten erhalten bleiben. Dort sollte eine Bezahlung erfolgen, die der Tätigkeit und Qualifikation entspricht. Das bedingt auch einen entsprechenden Stellenplan.**

**b) Auch Tarifbeschäftigte verdienen die Möglichkeit sich adäquat fortzubilden. Dadurch können sie der Behörde wichtigen Mehrwert bieten. Dazu sollten entsprechende Möglichkeiten geschaffen und gefördert werden.**

**c) Wer Aufgrund einer höheren Qualifikation eingestellt ist, muss auch entsprechend dieser eingruppiert sein. Nur so können auch entsprechende Mitarbeiter, gerade aus derart gefragten Bereichen, angeworben und gehalten werden. S.o. (Eingruppierungspolitik)**



**a). In Anbetracht auf die Finanzierbarkeit können wir vor einer eingehenden Prüfung keine Zusagen machen.**

**b). Die Einführung eines solchen Qualifizierungsmanagement ist überlegenswert, aber im Detail genauer zu überprüfen.**

**c). Nur mit einer angemessenen Bezahlung kann geeignetes Personal gewonnen werden. Daher sollte, vorbehaltlich der Finanzierbarkeit, eine geeignete Eingruppierungspolitik gestaltet werden.**



**a) Neben den Kommissarinnen und Kommissaren wollen wir natürlich auch für die Tarifbeschäftigten Verbesserungen erzielen. Wie bereits erwähnt sollen rund 170 weitere Tarifbeschäftigte eingestellt werden. Daneben müssen selbstverständlich auch die für Beförderungen notwendigen finanziellen Handlungsspielräume zur Erhöhung der damit verbundenen Beförderungsbudgets sowie die notwendigen Stellenhebungen im Rahmen unserer Haushaltsvorgaben geschaffen und verstetigt werden.**

**b) Der Vorschlag eines internen verbindlichen Qualitätsmanagements ist aus Sicht der CDU Saar eine Möglichkeit, die wir gerne in Absprache mit den Gewerkschaften und Vereinigungen besprechen und prüfen werden.**





**c) Eine faire und der Arbeit sowie dem Abschluss entsprechende Besoldung ist uns wichtig. Wir werden in der kommenden Legislaturperiode daher versuchen, von Ihnen genannte Ungereimtheiten zu ermitteln und wo möglich auch zu beseitigen.**



**a) Insbesondere die Ermittlungsassistent:innen haben sich bewährt. Im Rahmen der Haushaltsberatungen werden wir diesen Umstand beraten.**

**b) Für weiterführende Gespräche zur Einführung eines internen Qualifizierungsmanagements stehen wir zur Verfügung.**

**c) Die Saar-SPD steht für Gute Arbeit. Grundsätzlich sollen Beschäftigte ihrer Funktion entsprechend gut und fair bezahlt werden.**

## ***DIE LINKE.***

**DIE LINKE will eine angemessene personelle Ausstattung der Polizei mit gut ausgebildeten und fair bezahlten Kräften. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf unsere Ausführungen zu Frage 4.**

---

## **7. Besoldung**

Die Beamten mussten in den vergangenen Jahren erhebliche Einschnitte in ihrer Besoldung hinnehmen. Aufgrund der Föderalismusreform öffnet sich bei der Besoldung die Schere zwischen den Ländern und dem Bund immer mehr. In Einzelfällen kommt es hier zu Unterschieden in einzelnen Besoldungsstufen von mehreren Hundert Euro. Das Saarland ist in Bezug auf die Beamtenbesoldung im Vergleich zu allen anderen Bundesländern und dem Bund auf dem letzten Platz. Ein saarländischer Beamter erhält nach unserer Rechnung ca. 5,8 % weniger als der bundesdeutsche Durchschnitt. Nicht wenige am Polizeiberuf Interessierte bewerben sich erst gar nicht im Saarland; viele Kolleginnen und Kollegen verlassen die saarländische Polizei und wechseln zu Bundesbehörden oder anderen Bundesländern.

- a) Wie steht ihre Partei zu einer Angleichung der Besoldung der saarländischen Vollzugspolizei an die der Bundespolizei?
- b) 2020 wurde im Saarland die Feuerwehrezulage angepasst. Im Bund kam es zu einer Erhöhung der Zulage um knapp 40%. Der BDK hält es für angemessen, die Polizeizulage im Saarland auf 160,-€ zu erhöhen, einhergehend mit einer Dynamisierung und einer Wiederherstellung der 2008 abgeschafften Ruhegehaltsfähigkeit. Wie steht ihre Partei dazu?





- c) In vergangenen Tarifrunden kam es des Öfteren zu einer Schlechterstellung der Beamten und Versorgungsempfänger gegenüber den Tarifbeschäftigten. Wie steht ihre Partei zu einer künftigen zeit- und inhaltsgleichen Übernahme der Tarifergebnisse für die Beamten und Versorgungsempfänger des Saarlandes?



- a) Dies wird von uns in unserem Wahlprogramm genauso gefordert. Dass sich die Bewerberzahlen bei der saarländischen Polizei in den letzten 10 Jahren praktisch halbiert haben, ist nicht zuletzt der Besoldungsentwicklung geschuldet. Eine amtsangemessene Alimentation darf nicht erst durch das immer noch ausstehende BVefG-Urteil erfolgen, sondern ist Kern des Berufsbeamtentums.
- b) Wir fordern die Anpassung des Zulagenwesens an die Bundesbesoldung, was insbesondere die Erhöhung, Dynamisierung und Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage beinhaltet.
- c) Eine zeitliche oder inhaltliche Entkopplung der Entwicklung sehen wir als nicht gerechtfertigt an. Die Entwicklung soll einen Ausgleich für Inflationseffekte darstellen, die Beamte wie Tarifbeschäftigte gleichermaßen trifft.



- a). Wir Freie Demokraten fordern eine leistungsgerechte Besoldung. Das Saarland ist Schlusslicht bei der Bezahlung seiner Staatsdiener. Der öffentliche Dienst hat in den vergangenen Jahren wesentliche Beiträge zur Konsolidierung der Landesfinanzen geleistet. Zukünftig wollen wir darauf hinwirken, die Besoldungslücke zu anderen Bundesländern zu verkleinern.
- b). Der Polizeidienst muss angemessen besoldet werden. Dazu gehört die Polizeizulage als besonderer Ausgleich für die Erschwernisse des Dienstes. Wir sind für die Einführung eines Ruhegehalts, das sich anhand der Grundbesoldung statt an den Zulagen bemisst.
- c). Wir wollen eine schnellstmögliche Übernahme der Tarifergebnisse.



- a) Unsere Polizistinnen und Polizisten verdienen volle Rückendeckung – auch durch eine wertschätzende Entlohnung. Als CDU Saar wollen wir daher, dass sich Besoldung, Zulagengewährung und Versorgungsleistungen im Polizeidienst im „Geleitzug“ mit anderen Bundesländern bewegen. Wir werden daher auch die Polizeizulage im Saarland an den allgemeinen Länderdurchschnitt anpassen. Ein Gesetzgebungsverfahren wurde von unserem Innenminister Klaus Bouillon bereits in Gang gesetzt.
- b) Siehe Antwort auf Frage 7a). Innenminister Klaus Bouillon hat vorab bereits eine Rechtsverordnung initiiert, um erste Verbesserungen mit Blick auf das Zulagenwesen auf den Weg zu bringen. Mit Blick auf die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage werden wir die weitere Entwicklung in



den anderen Ländern und die Diskussionen der Arbeitskreise in der Innenministerkonferenz eng im Blick behalten. Zudem werden wir auch weitere Zulagen wie beispielsweise die KiPo-Zulage, die es bisher lediglich in zwei Ländern gibt, in den Blick nehmen. Aus unserer Sicht müssen dabei alle Zulagen betrachtet werden, um zu einem sinnvollen und für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten guten Ergebnis zu gelangen.

c) Nach § 15 des Saarländischen Besoldungsgesetzes und § 83 des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes sind die Besoldung und die Versorgung regelmäßig an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse anzupassen.

Gerade erst wurden die Ergebnisse der aktuellen Tarifrunde der Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes für die Beschäftigten der in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder zusammengeschlossenen Länder auf unsere saarländischen Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter zeit- und inhaltsgleich übertragen. Die stetige Prüfung und Anpassung an aktuelle Entwicklungen wollen wir auch künftig so beibehalten.



a) Eine Angleichung an die Bundespolizei würde die finanzielle Leistungsfähigkeit des Saarlandes übersteigen. Eine Angleichung der Besoldung nach oben ist jedoch erforderlich, um mit den Entwicklungen in anderen Ländern Schritt zu halten.

b) Siehe Antwort 5.

c) Als Saar-SPD befürworten wir diese Übernahme.

## **DIE LINKE.**

Eine Angleichung der Besoldung an die der Bundespolizei ist grundsätzlich wünschenswert und wird von uns unterstützt, allerdings hat das Saarland als Haushaltsnotlageland sehr begrenzte finanzielle Spielräume und sollte bei den Ausgaben mit den übrigen Bundesländern vergleichbar bleiben. Die Erhöhung der Polizeizulage auf 160 Euro ist angesichts einer unerträglichen Arbeitsbelastung nicht nur angemessen, sondern geboten. Der Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage betrachtet DIE LINKE als Teil der Attraktivität des Polizeiberufes.

Bisher gibt es keinen Automatismus für die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtenbesoldung der Länder. Im November 2021 einigten sich die Landesregierung und die Spitzenverbände der Gewerkschaften sowie der saarländische Richterbund über eine Besoldungs- und Versorgungsanpassung für die Jahre 2022/23.

Die Landesregierung und die Gewerkschaften waren sich einig, dass das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten und Richter im Saarland übertragen wird. DIE LINKE begrüßt eine künftige automatische Übernahme der Tarifergebnisse für die Beamten und Versorgungsempfänger.

---

## **8. Kostendämpfungspauschale**



Nach Einführung der Praxisgebühr für die Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung im Jahre 2004, wurde bei den saarländischen Beamten im Rahmen der Beihilfe im Jahr 2011 eine Kostendämpfungspauschale eingeführt. Als Argument wurde angeführt, dass die Beamten gegenüber den gesetzlich Versicherten nicht bessergestellt werden sollen. Seit dem 01.01.2013 ist diese Praxisgebühr ersatzlos entfallen. Eine gestaffelte Kostendämpfungspauschale besteht jedoch weiterhin. Dies stellt de facto eine Schlechterstellung der Beamten gegenüber den gesetzlich Versicherten dar.

- a) Wie rechtfertigt Ihre Partei nach 9 Jahren den Fortbestand dieser Pauschale?
- b) Wie positioniert sich Ihre Partei zu einer Abschaffung der Kostendämpfungspauschale?



- a) **Die Kostendämpfungspauschale stellt eine Hemmschwelle für die Inanspruchnahme ärztlicher Leistungen dar. Das widerspricht dem Anspruch, dass die Beamten sich für ihre Gesundheit engagieren und führt langfristig zu negativen Effekten für deren Gesundheit. Das schadet den Beamten und der Behörde.**
- b) **Dem stehen wir positiv gegenüber und unterstützen die Forderung.**



- a). **Eine Schlechterstellung der Beamten lehnen wir ab.**
- b). **Wir fordern die Abschaffung der Pauschale, ähnlich wie bereits in NRW.**



- a) **Die Kostendämpfungspauschale wird in der Hälfte der Bundesländer angewendet, darunter auch im Saarland. Die CDU Saar plant, in der nächsten Legislaturperiode zu prüfen, ob die Kostendämpfungspauschale im Saarland weiter bestehen soll oder ob auch mit Blick auf die häushälterische Lage des Landes eine Aussetzung möglich wird.**
- b) **Unser Ziel als CDU ist es, in den kommenden Jahren Stück für Stück die bestehenden Einkommens- und Versorgungslücken gegenüber den Kolleginnen und Kollegen wieder zu schließen. Dies wird allerdings auch aufgrund der häushälterischen Situation des Landes nur schrittweise möglich sein.**





a+b) Als Saar-SPD werden wir die Kostendämpfungspauschale in der nächsten Legislaturperiode überprüfen.

## **DIE LINKE.**

Die beihilferechtliche Kostendämpfungspauschale für alle Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfänger muss gestrichen werden, um damit auch ihren hohen persönlichen Einsatz, insbesondere während der Pandemie, wertzuschätzen.

## **9. IT-Forensik**

Die Untersuchung und Auswertung IT-forensischer Spuren dauert nach wie vor unangemessen lange. Dies verhindert eine zeitnahe Auswertung von sichergestellten Datenträgern mit immer größer werdenden Datenmengen und führt dazu, dass Verfahren unangemessen in die Länge gezogen werden und häufig wegen der überlangen Verfahrensdauer gar keine oder zumindest keine angemessene Verurteilung mehr stattfindet.

- a) Welche Maßnahmen planen sie, um den sich weiterhin abzeichnenden Problemen im Bereich IT-Forensik zu begegnen?



**Auch dies stellt aus unserer Sicht einen Aspekt der desaströsen Personalsituation dar. Nur durch Steigerung des Personalkörpers kann dem langfristig entgegengewirkt werden.**



**Wir Freie Demokraten Saar wollen die Digitalisierung der Polizei deutlich vorantreiben, um die Beamten zu entlasten und ihre Arbeit effektiver zu machen. Nur mit einer guten Ausrüstung und gut ausgebildeten Kräften können Verbrechen effektiv bekämpft werden. Wir wollen eine langfristig angelegte Ausbildung von Spezialisten bei der Polizei, insbesondere für die Bekämpfung der Internet- und Wirtschaftskriminalität. Hierfür muss nicht nur die entsprechende Ausstattung beschafft werden, sondern auch die Ausbildung und der Support gesichert sein. Der im IT-Bereich vorherrschende Personalmangel ist möglichst schnell zu beseitigen.**





Die CDU-geführten Ministerien für Inneres und Justiz haben bereits in dieser Legislaturperiode große Anstrengungen unternommen, auch Straftaten im digitalen Raum schneller und effizienter nachgehen zu können. Gerade die Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten, die unter Nutzung von kryptierter Kommunikation (digitale Kriminalität) begangen werden, erfordern einen hohen spezialisierten Ressourcenansatz. Dem Aufbau der Schulungsinfrastruktur im Cyber-Abwehr- Trainingszentrum (CATZ) muss aus Sicht der CDU Saar daher jetzt die entsprechende Personalisierung mit den notwendigen technischen Spezialisten folgen. Hier wird in der nächsten Legislaturperiode einer der Schwerpunkte für den Ausbau der Polizei liegen, auch mit Blick auf forensische Maßnahmen im Bereich der IT.



Wir werden die Sicherheitsbehörden mit den notwendigen technischen Möglichkeiten zur Verfolgung von Straftaten ausstatten, damit sie mit der zunehmenden Datenmenge und Verfahrenszahl Schritt halten und Verfahren rechtzeitig zum Abschluss gebracht werden können. Wir werden den Ausbau spezieller Einheiten fortführen und Polizeikräfte qualifiziert ausbilden.

## ***DIE LINKE.***

DIE LINKE kennt das Problem und hat die Thematik mit einer Anfrage an die Landesregierung (*Landtags-Drucksache 15/2083 vom Februar 2017 – Antwort der Landesregierung LT-Drucksache 15/2119 vom März 2017*) in die öffentliche Diskussion gebracht.

Wir erachten es als problematisch, dass die ermittlungstechnischen Auswertungen von IT-Beweismaterial teilweise an private Unternehmen fremd vergeben werden.

Kriminaltechnische Auswertungen von beispielsweise DNA-Spuren dauern deutlich zu lange. Hier scheint es Engpässe beim Institut für Rechtsmedizin der Universitätsklinik in Homburg gegeben zu haben. Lösungsansätze wären natürlich eine personelle Aufstockung im Bereich IT-Forensik oder die Einbeziehung rechtsmedizinischer Institute anderer Bundesländer, um die langen Bearbeitungszeiten bei der Kriminaltechnik zu verkürzen. Die innerparteiliche Diskussion über weitere Lösungsmöglichkeiten ist dabei noch nicht abgeschlossen.

---

## **10. ÖPNV**

Die Nutzung des ÖPNV ist lediglich für uniformierte Angestellte und Beamte des Saarlandes kostenlos möglich.

Andere Bundesländer, z.B. Berlin und Hessen, bieten ihren Landesbeschäftigten ein kostenloses ÖPNV-Ticket an. In verschiedenen deutschen Städten und Kommunen sowie in unserem Nachbarland, dem Großherzogtum Luxemburg, ist die Nutzung des ÖPNV sogar für alle Bürger kostenlos.



Die Erfahrungen eines kostenlosen ÖPNV zeigen, dass dies zu einer Verringerung der Verkehrsdichte und der Stau- und Unfallgefahr, einer Verbesserung der Luftqualität in den Städten und einer Entzerrung der Parkplatzproblematik führt. Eine kostenlose Nutzung des ÖPNV für Landesbeschäftigte würde somit nicht nur einen wichtigen Beitrag auf dem Wege zu einem klimaneutralen Saarland leisten, sondern auch eine signifikante Erhöhung der Attraktivität des Saarlandes als Arbeitgeber bedeuten.

- a) Wie positioniert sich ihre Partei zur Einführung eines kostenlosen ÖPNV-Tickets für die saarländischen Landesbeschäftigten?



**Die Förderung des ÖPNV und dessen Nutzung sind eines unserer zentralen Anliegen. Darüber hinaus fördern wir auch weitere Möglichkeiten der Mobilität, jenseits des PKW. Unter anderem durch Einführung des 356 Euro Tickets und dem Ausbau von Ver- und Anbindungen soll es jedem, sowohl Beamten, als auch Bürger, attraktiv möglich sein, eine individuelle Mobilitäts-Entscheidung zu treffen. Dazu finden sich umfangreiche Positionen und Maßnahmen in unserem Wahlprogramm.**



**Kostenlose ÖPNV-Tickets für Beamte halten wir für nicht finanzierbar.**



**Der ÖPNV muss aus Sicht der CDU Saar im Saarland so attraktiv gestaltet sein, dass er den Kunden den Umstieg vom motorisierten Individualverkehr erleichtert. Die Tarifreform 2021 für den saarländischen Nahverkehr, für die der Finanzminister einen zweistelligen Millionenbetrag bereitgestellt hat, war ein wichtiger Schritt, um die Nutzung von Bussen und Bahnen gerade auch für Schülerinnen und Schüler sowie Berufspendlerinnen und Berufspendler, aber auch für alle, die nur gelegentlich mit Bus und Bahn fahren, attraktiver zu machen. Dabei wollen wir aber nicht stehen bleiben. Neben einem verständlichen und attraktiven Tarifsystem braucht es eine bessere Verknüpfung mit den anderen Verkehrsträgern, aber auch verlässliche digitale Fahrgastinformationen, einladende und sichere Bahnhöfe und Haltestellen und ein leistungsfähiges und frei zugängliches WLAN in allen Bussen und Bahnen. Hierzu gehört auch der gezielte Ausbau der Saarbahn auf weiteren Strecken (z. B. Saarbrücken-Fürstenhausen-Großrosseln). Auch die Einführung eines 365€-Jahrestickets sowie eines entsprechend preisreduzierten Monatstickets streben wir perspektivisch an.**



Die Zukunft des ÖPNV im Saarland hat mit uns neuen Schub bekommen. Wir haben Bus- und Bahnfahrten einfacher und günstiger gemacht. Die finanziellen Mittel für den ÖPNV und den Radverkehr haben wir verdreifacht und für bessere Preise gesorgt. Streckenreaktivierungen und das S-Bahnnetz werden jetzt auf den Weg gebracht. Als nächsten Schritt werden wir ein 365-Euro-Ticket für junge Leute einführen. Ein kostenloses ÖPNV-Ticket für die saarländischen Landesbeschäftigten sehen wir nicht vor. Unser langfristiges Ziel ist allerdings ein kostenfreier ÖPNV für alle Saarländer:innen.

## ***DIE LINKE.***

DIE LINKE im Saarland will eine konsequente Förderung und Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Wir brauchen eine Verkehrswende, zu deren Ergebnis niemand für den täglichen Weg zur Arbeit sagen muss: „Ich bin doch auf das Auto angewiesen“. Konkret bedeutet das einen attraktiven und flächendeckenden ÖPNV. Verkehrspolitisches Ziel ist für uns ein kostenloser ÖPNV, wie ihn unser Nachbarland Luxemburg bereits eingeführt hat. Um dies zu erreichen, sind Zwischenschritte notwendig. Hierbei muss der Preisnachlass aber so umfangreich sein, dass es sich im Alltagsverkehr tatsächlich lohnt, sein Auto stehen zu lassen und auf Busse und Bahnen umzusteigen. Wir wollen zur Steigerung der Attraktivität der Fahrpreise betreffend eine Monatskarte im Jahresabo:

- 20 EUR pro Landkreis / bzw. Regionalverband
- 30 EUR für zwei Landkreise / bzw. Regionalverband
- 40 EUR für eine landesweite Monatskarte im Jahresabo.
- sowie landesweit einen kostenfreien ÖPNV für alle Menschen ohne Einkommen oder Bezüge bis max. zum Grundsicherungssatz.